

Passau

Under Pressure

Tausende Menschen kommen jeden Tag über Passau nach Deutschland. Die niederbayerische Stadt an der Grenze zu Österreich kämpft nach der Wiedereinführung der Grenzkontrollen damit, die wachsende Zahl an Asylsuchenden zu versorgen. Einige Geflüchtete haben sich mittlerweile politisch organisiert.

Von Felix Balandat

atagi
desig
vele szemben az 10
önálló beutazási
agben állampolg
rásar

állampolg

Manche Textstellen lassen sich noch entziffern: „Sie haben kein Anrecht auf...“ oder „Generelle Informationen zur Bestimmung des Flüchtlingsstatus in Ungarn“ steht auf den vom Regen durchweichten Papierfetzen, die verstreut in dem lichten Waldstück liegen. Im Unterholz verteilen sich Rucksäcke, eine Unterhose, Konserven, Zahnpastatuben. Ein matschiger Trampelpfad führt in die Stadt. Im Hintergrund rauscht die wenige Meter entfernte Autobahn.

Ausgesetzt an Orten wie diesem Parkplatz kurz vor der Abfahrt Passau-Mitte laufen Geflüchtete zu Fuß in die Stadt. In der Hoffnung eine Abschiebung zu erschweren, zerreißen einige ihre Unterlagen, die auf einen Aufenthalt in anderen EU-Ländern hinweisen. Mit der Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Süddeutschland diesen September ist diese Route für viele mittlerweile versperrt. Hubschrauber der Bundespolizei und Polizeikontrollen auf Verbindungsstraßen in Grenznähe vermitteln das Bild einer Stadt im Ausnahmezustand. Ziel der Maßnahmen sei es laut Innenminister Thomas de Maizière „den derzeitigen Zustrom nach Deutschland zu begrenzen und wieder zu einem geordneten Verfahren bei der Einreise zu kommen“.

Vom Hauptbahnhof in die LKW-Garage

Abdulrahman Idris ist ein gefragter Mann. Viele der über 1000 Geflüchteten, die es allein am 20. September nach Passau geschafft haben, wollen von ihm wissen, wie es jetzt weitergeht. Idris arbeitet ehrenamtlich als Übersetzer für Kurdisch und Arabisch in dem Team aus Helferinnen und Helfern, das am Passauer Hauptbahnhof die Erstversorgung der Geflüchteten übernommen hat. Die Bundespolizei nimmt die Migrantinnen und Migranten in den aus Österreich kommenden Zügen in Gewahrsam und bringt sie vor das Bahnhofsgebäude. Dort warten sie auf Bierbänken unter Pavillons darauf, dass die Polizei sie in Bussen abtransportiert. In dieser Zeit teilen Freiwillige Obst und Getränke aus, Abdulrahman Idris läuft die Metallgitter ab und versucht die zahlreichen Fragen zu beantworten. Ein Polizeibeamter am Ende der Gitter spricht gebrochen Arabisch und weist die Wartenden zu einem Bus. Dieser bringt sie zu Hallen einer ehemaligen LKW-Garage, die als sogenannte „Clearingstelle“ genutzt werden.

Etwa 300 Menschen halten sich im Moment in dieser ungeheizten Industrieanlage auf. Zutritt ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich. Vier WC-Container

stehen zur Verfügung, es riecht nach Urin. Als ein Notarztwagen vorfährt, fragt ein Polizist, wer den Wagen denn gerufen habe. Es herrscht Verwirrung, man weiß von nichts. Polizistinnen und Polizisten zählen die Neuankömmlinge, stellen ihre Nationalität fest, verteilen Bändchen, prüfen ob unbegleitete Minderjährige darunter sind. Die Geflüchteten sollen eigentlich nur wenige Stunden hier verbringen, um dann in reguläre Erstaufnahme-Einrichtungen gebracht zu werden, erklärt Bundespolizeisprecher Heinrich Onstein. „Die Versorgung ist sichergestellt. Es gab bei dieser Massenmigration, die wir einige Tage lang hatten, auch leichte logistische Probleme. Die Abläufe mussten sich erstmal neu einspielen, Witterungsbedingungen spielten sicherlich eine Rolle. Es läuft jetzt alles sehr koordiniert ab“, sagt Onstein.

Freiwillige Helferinnen und Helfer haben auf Facebook über katastrophale Zustände in der Unterkunft berichtet: „Die Lage ist wirklich unbeschreiblich. 1100 Flüchtlinge in jeder Halle. Circa 18 Polizisten in jeder Halle. Dort sind die Polizisten für alles zuständig: vom Essen verteilen bis Ordnung rein bringen. Es sind sehr viele Kinder und Babys dabei, teilweise krank. Kein warmes Wasser um Babymilch vorzubereiten, nicht genug Milch. Keine angemessene medizinische Versorgung, überfüllte Dixi-Klos. Ohne Helfer müssen die Leute lange ohne Essen bleiben“. Die Helferinitiative *Passau verbindet* teilt diese Einschätzung und hat Freiwillige zur Unterstützung der Bundespolizei angeboten. Auch die Stadt Passau bot den Beamtinnen und Beamten ihre Hilfe an.

Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge steigt

Die ehemalige LKW-Industrieanlage ist nicht der einzige Brennpunkt. Vor dem Theater der Stadt Passau kontrolliert die Polizei seit Tagen verdächtige Fahrzeuge. Die angrenzende Marienbrücke ist neben der Autobahn die einzige PKW-Verbindung von Österreich nach Passau. Seit eineinhalb Stunden harren etwa 50 Menschen auf einem Kinderspielplatz in der Innenstadt aus. Sie warten auf einen Bus, der sie in die Clearingstelle bringen soll. Freiwillige haben einen W-Lan-Hotspot eingerichtet, der Generator der Polizei wurde angezapft, um Handys aufladen zu können. Viele Geflüchtete rufen Familienmitglieder an und geben ihren aktuellen Standort durch. Familien mit Säuglingen sitzen auf dem nackten Boden, einige haben sich bereits zum Schlafen hingelegt. Es herrscht Chaos, erst nach zwei Stunden kommt man auf die Idee, die Mütter mit Kindern in ein BRK-Fahrzeug zu bringen, das beheizt werden

kann. Wohl in weiser Voraussicht, dass demnächst kein Bus kommen wird, hilft die Bundespolizei dabei, ein Campingzelt aufzustellen. In direkter Nachbarschaft das Passauer Stadtheater und ein Uni-Hörsaal mit Platz für hunderte Menschen.

„Ich komme aus Bagdad und bin geflohen, um mein Leben nach Europa zu retten. Ich bin sehr glücklich hier zu sein. Ich denke ich werde hier studieren und ein sicheres Leben führen können“, erklärt der 16jährige Arif, der ohne Familie nach Deutschland gekommen ist. Er wartet mit dutzenden anderen Menschen am Bahnhof darauf, zur Clearingstelle gebracht zu werden. Gemäß dem deutschen Asylverfahren nimmt das örtliche Jugendamt Minderjährige wie Arif in Obhut, das Gericht bestellt einen Vormund. Im „Clearingverfahren“ bespricht dieser mit den beteiligten Behörden das weitere Vorgehen, was mehrere Wochen dauern kann. 2014 wurden etwa 300 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Passau aufgegriffen, fast dreißigmal mehr als noch zwei Jahre zuvor. Dieses Jahr rechnet die Stadt mit einer vielfach höheren Zahl. Eine Belastung für die städtische Jugendarbeit, die den Oberbürgermeister Jürgen Dupper (SPD) zu einem Brandbrief an die bayerische Integrationsministerin Emilia Müller (CSU) veranlasst hat. „Der ungebremst wachsende Zustrom von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen stellt die Stadt Passau vor Probleme, die sie ohne nachhaltige Unterstützung durch den Freistaat Bayern nicht mehr bewältigen kann“, zitiert die *Passauer Neue Presse* den Oberbürgermeister. Eine angemessene Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen und die Versorgung tausender Migranten, die jeden Tag mit dem Zug oder zu Fuß ankommen, sind jedoch nicht die einzigen Probleme Passaus in der „Asylfrage“.

Warten im Passauer Niemandsland

Eba (Name auf Wunsch geändert), ein kleiner, rundlicher Mann mit einem verschmitztem Lächeln im Gesicht, steht im Türrahmen seines Schlafzimmers. Vier Personen nächtigen in dem dunklen Raum, der mit Betten und Spinden vollgestellt ist. Ein Fenster, keine Heizung, die Wände sind verschimmelt. „Es ist eine Gefahr für deine Gesundheit“, sagt Ben, der an einem kleinen Tisch sitzt, konzentriert eine Zigarette dreht und kurz zu seinem Mitbewohner Eba aufschaut. Im Badezimmer sieht es ähnlich aus, nur das Wohnzimmer mit integrierter Küche, schmutziger Couch und alter Ölheizung scheint noch einigermaßen bewohnbar zu sein. Das sei jedoch allemal besser als seine letzte Behausung, meint Eba.



Zählen, markieren, sortieren
Die ankommenden Flüchtlinge werden gezählt, ihre Nationalität festgestellt und mit Nummern und weißen Bändchen registriert



Seit mehr als zweieinhalb Jahren lebt der Äthiopier im Passauer Umland. Nachdem er seinen Asylantrag gestellt hatte, musste er ein ganzes Jahr bis zu seiner Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge warten. Seit über einem Jahr steht nun die Entscheidung über seinen Antrag aus. Zurzeit wohnt der 32jährige mit zwei Nigerianern und einem Kosovaren in einer Unterbringung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Fürstenzell, einer zwölf Kilometer von Passau entfernten Marktgemeinde. Davor war Eba in einer alten Pension in der an Passau angrenzenden Gemeinde Salzweg untergebracht. „Es war schrecklich dort“, sagt er. Nachts ist der Strom abgestellt worden, zeitweise hat man sich zu zweit ein Bett teilen müssen.

Auf dem gepflegten Rasen zwischen den beiden alten Arbeiterhäusern in Fürstenzell sitzen mehrere Männer bei Bier an einem Plastiktisch. Der Grill raucht, ein kleines Mädchen rennt über die Wiese. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft feiern den Geburtstag eines Freundes, aus dem Gebäude schallt Popmusik. Die Zimmergenossen Ben und Eba stehen auf dem Gehweg vor dem heruntergekomme-

nen Haus, das sie bewohnen. „Die Menschen hier aus dem Ort helfen mir bei Problemen, fragen, ob ich genügend Kleidung oder so habe. Aber bei vielen Sachen wissen sie auch nicht, was man machen kann. Wenn es um Bürokratie geht, meine ich“, sagt Ben, der aus Nigeria stammt. „No Border Passau, das ist die Gruppe bei der ich schon lange aktiv bin. Die helfen dir bei solchen Problemen“, merkt Eba an.

Als er noch in der alten Pension in Salzweg wohnte, hat Eba mit der Gruppe *No Border* einen Text über die Zustände in der Einrichtung geschrieben und veröffentlicht. Kurz darauf wurde er nach Fürstenzell verlegt. *No Border* ist ein „politischer Zusammenschluss von Geflüchteten/Non-Citizens und Nicht-Geflüchteten/Citizens“, wie es in der Selbstdarstellung der Organisation heißt. „Die zahlreichen Diskriminierungen gegenüber Geflüchteten, ob durch Gesetze, Behörden oder Alltagsrassismus möchten wir sichtbar machen und so eine Gesellschaft mitgestalten, in der solche Ausgrenzungsmechanismen Vergangenheit geworden sind“, so das Selbstverständnis. „Wir haben es geschafft, dass die Essenspakete abgeschafft wurden“, erklärt Eba stolz. Anfang 2010 kam es in

Menschenschleuse
*Auf dem Firmena-
 real stehen drei
 große ehemalige
 LKW-Hallen in
 denen insgesamt bis
 zu 1000 Geflüchtete
 täglich regelrecht
 durchgeschleust
 werden.*

General information note on th

e Hungaria

You have submitted an asylum applica
Immigration and Nationality (OIN). The
decision on it based on Act LXXX of 2
(XI.09.).

This general information note contains in
procedure, as well as on your rights and obliga
note, and bear in mind that your cooperation i
efficient. In the framework of this, you are oblig
nationality, as well as to disclose the reasons fo
refugee status determination procedure is a guar
obligations, will ensure protection for all individ
those who are not entitled to such ack

tion to th
the authorit
2007 on A

formatio
ations
s als
ged to
or, an
ante
uals
nowle

No turning back
*Aus Angst wieder
nach Ungarn
abgeschoben zu
werden, vernichten
die Geflüchteten
Hinweise auf ihren
Reiseweg*

Unterkünften im Passauer Land zu Hungerstreiks, die auf die dortigen Bedingungen aufmerksam machen sollten. Der Protest weitete sich zu einem bayernweiten Boykott der Essenspakete aus. Bayern war eines der letzten Bundesländer, welches wider aller ökonomischer Rationalität zweimal die Woche Essenspakete statt Bargeld oder Gutscheine an Geflüchtete ausgab. Im Zuge dieser Aktionen bildete sich *No Border Passau*, früher als Bündnis für die Rechte der Flüchtlinge bekannt.

„8000 Euro habe ich für die Flucht nach Deutschland bezahlt. Meine Frau und meine zwei Kinder sind noch in Äthiopien. Ich möchte, dass sie nachkommen“, sagt Eba. Es ist schwierig für ihn, das hierfür nötige Geld zu verdienen. „Die Arbeitserlaubnis für Geflüchtete ist ein Schwindel“, meint er. Wenn Eba eine Stelle annehmen möchte, muss er erst eine Arbeitserlaubnis beantragen. Die Bundesagentur für Arbeit prüft die Arbeitsbedingungen, erst dann kann Eba den Vertrag unterschreiben. „Kein Arbeitgeber

Die Lage spitzt sich zu

Während Eba seit langer Zeit in Deutschland in Ungewissheit lebt, hat sich im Oktober in Passau die Situation für neu ankommende Geflüchtete noch weiter verschärft. An nur einem Tag brachten die österreichischen Behörden mit Bussen 5000 Geflüchtete an die Grenze. Stundenlang mussten sie bei zwei Grad Kälte bis in die Nacht auf ihren Weitertransport nach Deutschland warten. Weiter südöstlich haben zwei Menschen beim Grenzübergang Braunau/Simbach versucht, den Inn zu durchschwimmen. Während sich die Lage in der Grenzregion zuspitzte, hatten die Helfer am Münchner Hauptbahnhof, die im Sommer das Bild der „Willkommenskultur“ geprägt haben, wenig zu tun. Stimmen wurden laut, die bayerische Staatsregierung forcieren dramatische Bilder in der Region Passau, um ein Gefühl der Überforderung zu erzeugen. Nun rühmt sich die CSU damit, das schärfste Asylrecht aller Zeiten in Deutschland durchgesetzt zu haben. Syrische Geflüchtete sollen laut de Maizières Plänen keine Familienangehörige nachholen dürfen. Auch über Grenzzäune wird nachgedacht.<

Felix Balandat
*ist Journalist, er lebt
und arbeitet derzeit
in Nürnberg.*

n refugee status determina

e Refugee Authority of I
y will examine your appli
Asylum and on Governme

n on the Hungarian refu
during the procedure. Plea
o needed in order for the
o sincerely share the data r
d circumstances of, flecin
e that Hungary, in compl
who are entitled to it, and
edgement.

wartet zwei Wochen auf eine Antwort aus München“, sagt er.

Eba ist auf den Staat angewiesen. Weniger als 350 Euro stehen ihm im Monat zur Verfügung. „In Äthiopien habe ich Arme unterstützt, die das Schulgeld ihrer Kinder nicht zahlen konnten. Ich möchte hier nicht rumsitzen müssen. Ich will ein Bürger sein. Alles was ich will, sind meine Rechte als Mensch“, sagt er.